

418
481

LESTER RAUHAUS KORRESPONDENZ
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Wieden.
25. Jahrg. Wien, Donnerstag, 18. November 1916. Nr. 418.

Eine Rede des Bürgermeisters.

In einer vom Wählerverein des 17. Bezirkes für gestern einberufenen Versammlung hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, stürmisch begrüßt, eine Rede, in welcher er ausführte:
Wenn ich als Bürgermeister das Wort ergreife, so drängt es mich von ganzem Herzen, den Wienern und Wienerinnen den Dank zu sagen, für die bewundernswürdige Geduld und Opferwilligkeit, mit der sie die schwere Zeit durchhalten, für die Opfer, die sie bringen und vor allem muß ich den Hausfrauen danken, denn sie haben die größte Sorge und die schwersten Pflichten. Auch die Gemeindeverwaltung selbst ist in einer schweren Lage und auch sie bringt schwere Kriegsoffer. Auch die Gemeindeverwaltung hat nunmehr Aufgaben zu lösen, die nie gekannt, nie von uns gefordert wurden. Wir mußten die ganze Verwaltung den neuen Verhältnissen anpassen. Es sind Aufgaben an die Gemeinde herangetreten, die sie nie früher bewältigt hat, auch nicht zu bewältigen hatte. Ich glaube verpflichtet zu sein, daß ich allen Funktionären der Gemeinde, meinen Kollegen im Rathaus, insbesondere dem Bezirksvorsteher dieses Bezirkes und allen, welche als Mandatäre und Beamte im Dienste der Bevölkerung stehen, meinen herzlichsten wie innigsten Dank ausdrücke (Zustimmung) und müßte bitten, daß sie als getraute Mitarbeiter des Bürgermeisters ausstehen, um zu einem erfolgreichen Ende das Unserige beizutragen. (Zustimmung)
Es hat mein Vordränger verschiedene Approvisionierungsfragen gestreift. Sie erlauben, daß auch ich zu der Approvisionierungsfrage übergehe, weil unter den Punkten, die der Redner zu berühren hat, diejenige ist, die alle auf dem tiefsten bewegt, das Interesse der gesamten Bevölkerung von Tag zu Tag wächst. In früheren Zeiten haben sich tausende von befugten Geschäftsleuten mit dem Einkauf von Lebensmitteln befaßt. Nun jetzt ist es anders. Die gesamte Ernte ist von Staate beschlagnahmt und freihändig sind weder Frucht noch Mehl noch Hülsenfrüchte zu haben. Die Kriegsergetreideverkehrsanstalt disponiert. Der Bürgermeister muß bei dieser Anstalt ansprechen, was die Bevölkerung braucht und ist auf das angewiesen, was sie zuweilen. Es wird Sie interessieren, welche Ziffern sich bereits in diesem Geschäft ergeben haben. Die Gemeinde hat bisher 6207 Waggon Mehl in Verkehr gebracht, d. h. 63.370.000 kg Mehl. Der Umsatz betrage mehr als 35 Mill. K nur in den einen Artikel.
Der Bürgermeister erörterte sodann die Kartoffelfrage und dankte hierbei der Regierung, daß sie die erforderliche Zahl von Waggon zur Verfügung gestellt hat und fuhr fort: selbstverständlich hat die Gemeinde eine Reihe von anderen Artikeln gekauft und zwar haben wir uns immer bemüht, womöglich durch legitime Geschäftsleute die Waren in den Verkehr zu bringen. Die

Gemeinde Wien ist nur dort selbständiger Verkäufer aufgetreten, wo sie dazu genötigt war. Wir wählen lieber den ersten Weg, denn die Erhaltung des Mittelstandes über den Krieg hinaus halte ich für eine der wichtigsten Aufgaben (Beifall). Wir wollen nicht, daß den blutgetränkten Schlachtfeldern ein wirtschaftliches Leichenfeld auf Wiener Boden folge; wir wollen, soweit es in unserer Macht steht, den Mittelstand, das Gewerbe, erhalten, damit wir unsere Existenz im Frieden wieder in vollem Umfange finden können. Es ist auch das Kapitel zu berühren, das mein Vordränger berührt hat, das Schlagwort von Preistreibern der Kleinen. Woher wird von mir stets bekämpft werden (Beifall) und Woher bleibt Woher ohne Rücksicht auf Stand und Konfession, ob er von Großen oder Kleinen betrieblen wird; aber wegen ein paar Heller wurden Geschäftsleute eingesperrt, denen ich die Gesinnung des Wucherers nicht abtrauen möchte (haben Sie schon gelesen, daß ein großer Wucherer eingesperrt wurde? (lebhaftes Raufen: Nein!) Das betrifft nicht nur Oesterreich-Ungarn sondern auch Deutschland. Nehmen Sie die Verhältnisse der Aktiengesellschaften zur Hand, was für Dividenden zahlen die im Kriegsjahre 1916 Gesellschaften, welche im Frieden verkracht waren, zahlen jetzt 20 bis 30 % Dividenden und dabei ist ja die Dividende gar nicht der Ausdruck dessen was verdient wird, weil viel bilanzmäßig in die Reserven geschrieben wird, was sie verdienen und was sie nicht wagen, den wahren Verdienst zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Ich möchte wissen, ob da vielleicht schon in unserem Finanzministerium, das sonst sehr eifrig Studien nach neuen Steuern macht, auch die Vorbereitungen für eine Kriegsgewinnsteuer schon getroffen sind (lebhaftes Zustimmung). Ich muß sagen, es berührt sehr traurig, wenn diese gewaltigen Kapitalmächte auch noch insofern von der Regierung unterstützt werden, daß sie wie beim Zucker von der Regierung einen genehmigten hohen Preis erreichen, der jetzt sich über in den Dividenden zum Ausdruck kommt. Wie schon früher gesagt droht die Sorge beim Lebensmittelgeschäft der Gemeinde nicht allein, wo und wie man einkauft, sondern daß man sie lagert. Verschiedene Artikel vertragennicht die Lagerung. Man kann Frucht, Mehl lagern; wir haben zur Lagerung das neue Lagerhaus, das mit einem Kostenaufwande von 3 Millionen K erbaut wurde, es leistet die vorzüglichsten Dienste im Kriege. Die Donauregulierungskommission baut über Anregung der Gemeinde Speicher am Winterhafen, um ebenso dort Frucht und haltbare Artikel zu lagern. Wie steht es mit anderen Artikeln, deren Haltbarkeit nicht so groß ist wie Frucht und Mehl? wie soll man Fleisch, Eier, Fette aufheben? Ich danke meinen Kollegen im Gemeinderate, daß sie sich kurz entschlossen haben, über meine Anregung ein großes Kühlhaus mit einem Kostenaufwande von 4 Millionen K zu bauen (Beifall). Das Kühlhaus wird im Jänner dem Verkehr übergeben werden und die Gemeinde wird in der Lage sein, auch Fleisch und

andere Lebensmittel aufzuspeichern; das Kühlhaus wird aber auch in Friedenszeiten weiterhin, eine wichtige Funktion betätigen, es kann zum Preisregulator werden. (Zustimmung.) In dem Kühlhaus werden 6 Millionen Kilogramm Fleisch gelagert werden können. Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, wie die Approvisionierungspolitik der Gemeinde durch den Krieg in ganz andere Bahnen gedrängt wurde und wie die Gemeinde Wien zielbewußt diese neuen Wege beschritten, keine Kosten gescheut hat, um den neuen Anforderungen des städtischen Verkehrs und dem Interesse der Zivilbevölkerung zu diam. Wir haben nicht nur unsere Pflicht, soweit es in der Macht der Gemeinde liegt, in Bezug auf Approvisionierung erfüllt. Ich kann nur wünschen, daß die Regierung zu jenen Maßnahmen greift, welche die dauernde Approvisionierung Wiens während der Kriegszeit sicherstellen. Die Gemeinde hat ja nur in ihrem Gebiete Macht, außerhalb ihres Gebietes nicht. Wien ist kein Produktionsort, sondern ein Konsumort. Was in den Peripheriebezirken produziert wird, ist ein kleiner Bruchteil dessen, was zur Erhaltung der Bevölkerung notwendig ist. Wien mit seinen 2 Millionen Einwohnern ist auf die Einfuhr von außen angewiesen. Die Gemeinde Wien kann was zu haben ist, um es der Bevölkerung dienstbar zu machen. Wir müssen uns die Einrichtungen schaffen, um die Deposition der Lebensmittel durchzuführen. Ich hege die Zuversicht, daß die Regierung sich ihrer Pflicht nicht entziehen wird, der kaisertreuen Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt ihre Sorge zuwenden. (Zustimmung)
Als wichtigste Aufgabe hat die Gemeinde zu trachten für diejenigen zu sorgen, die in die Front eingerückt sind und ihre Familie zurückgelassen haben. Der Bürgermeister erörterte hierauf die Invalidenversorgung nach dem bestehenden Gesetze und die Forderungen des Wiener Stadtrates in dieser Frage. Wir müssen trachten, sagte er, daß der Invalide soweit als möglich wiedererwerbsfähig gemacht wird, daß er wieder seinen alten Beruf nachgehen kann. Ich habe vorige Woche im 10. Bezirk die Prothesenschule des Professor Dr. Spitzay besucht und bin beruhigt ins Rathaus zurückgekehrt. Was dort ärztliche Wissenschaft und technische Kunst leisten, ist ein Triumph des 20. Jahrhunderts, fast alle Gewerbe sind da vertreten und werden von Verkäufnern gelehrt.
Nach Besprechung des Projektes der Errichtung von Kriegserheilmstätten im 21. Bezirk hob der Bürgermeister die Notwendigkeit der Jugendfürsorge hervor, wobei er ausführte: Der schmerzende Krieg hat in die Generationen von 20 bis 40 Jahren Lücken gerissen, die wir solange wir leben, zu spüren haben werden. Lücken in der Intelligenz, in der Tatkraft und auch Deutsche haben wir anweisen schluß Die Folge des Krieges ist, daß uns tausende Söhne und Brüder des deutschen Volkes in Oesterreich fehlen werden. Darum ist es unsere Pflicht, den aus dem Kriege Zurückgekehrten, eine möglichste Existenzsicherung zu gewähren, damit sie sich

scholen und vollwertige Bürger unserer Stadt werden. Wir sind uns seren Volkstum schuldig, daß wir alles aufbieten, um den Kindern den Weg in die Zukunft zu öffnen, denn sie sind berufen, jene Lücken auszufüllen, die der Krieg gerissen hat. Darum halte ich jetzt für die größte und wichtigste Pflicht der Gemeindevorwaltung, für die Kinder des Volkes zu sorgen. Wir wollen nicht, daß der deutsche Stamm in Oesterreich an den Folgen dieses Krieges leiden soll; wenn wir gelitten haben, sollen unsere Enkel als freie Bürger auf freier deutscher Scholle stehen. (Großer Beifall)
Der Dichterst der Ostmark Robert Hamerling sagt an einer Stelle: „Die Quelle alles Menschenwohles ist die Liebe.“ So möge denn die Liebe wie ein Strom von Leben aus dem Rathaus durch alle Straßen und Gassen strömen, möge die Liebe zu den Kindern Gemeindegut aller Wiener und Wienerinnen werden. Und so wie sich die Gemeindevorwaltung und alle öffentlichen EM Korporationen bemühen für das Kind zu sorgen, so rufe ich allen zu: Auf! Die Fahne flatters mit dem Leitwort: „Unsere Kinder, unsere Enkel wollen wir so behüten, betrauen und pflegen, daß wir ruhig dann ins Grab sinken können, die Zukunft der Donau-Deutschen und die Zukunft des deutschen Wien ist durch unsere Kinder und Enkel gesichert.“ (Stürmischer nicht endenwollender Beifall.)

Eröffnung eines Zander-Institutes. Heute vormittags wurde vom Zweigverein Mariahilf in den Räumen des Klosters der Bernabaraigen Schwestern in Gumpendorf ein Zander-Institut eröffnet, das den zu ihrer Aushilfe in Wien weilenden Soldaten zugute kommen soll. Es wurde mit beträchtlichen Mitteln, die der Zweigverein nach kurzer Zeit des Bestandes aufgebracht, erstellt und heute der Benützung übergeben. Der Vizepräsident des Zweigvereines Bezirksvorsteher Dirnbacher begrüßte die zur Eröffnungsfest erschienenen Mitglieder und Gäste, insbesondere Exzellenz Gräfin Czernin, Vizepräsidentin der Zentralleitung Frau Meissner-Diemer, Frau Gräfin Falffy und Oberstabsarzt Professor Dr. Spitzay. Der Vizepräsident dankte dem Gemeinderat Paulitschke, der die Anregung zur Errichtung dieses Institutes gegeben, sowie dem Kommandanten des Landwehr-Filial-Spitals Exzellenz Ritter von Deutter, der bei der Verwirklichung dieses Gedankens tatkräftigste Unterstützung leistete. Ferner dankte der Vizepräsident der General-Oberin des Klosters, die bereitwillig die Pflegeschwestern und die Räume ihres Klosters, in dem gegenwärtig auch ein Spital für 44 Verwundete untergebracht ist, diesem Institute zur Verfügung gestellt hat. Er dankte auch noch f. e. g. Rat Pfarrer Dominik Preyer für die vorgenommene feierliche kirchliche Einweihung dieser Stätte. Oberstabsarzt Prof. Dr. Spitzay und Regimentsarzt Primarius Dr. Fritzsche wandten sich in aufklärenden Worten über die Bedeutung des Zander-Institutes an die Versammelten; ihren Ansprachen folgte die Anwendung der verschiedenen Apparate an kranke Soldaten. Dieses Zander-Institut

482

soll später der Bürgerschaft von Mariahilf zur Verfügung stehen, wenn der ersehnte Weltfriede einmal eingekehrt und der letzte brau-
hafte Soldat diese Stätte geheilt verlassen haben wird. Der Zweig-
verein beabsichtigt, es noch weiter auszubauen. Der Zweigverein
Mariahilf kann auf diesen Erfolg seiner Tätigkeit nach so kurzer
Zeit des Bestandes stolz sein.

Auszeichnung. Dem Beamten der städtischen Elektrizitätswerke
Franz Heldwein wurde vom Erzherzog Franz Salvator für seine
Verdienste um das Rote Kreuz das Ehrenzeichen 2. Klasse verliehen.

Zur Neuwahl des Bürgermeisters Dr. Barczy. Bürgermeister Dr.
Weiskirchner hat an Bürgermeister Dr. Barczy nachstehendes Schrei-
ben gerichtet: „Zur gestern erfolgten Wiederwahl zum Bürgermeister
der königlichen Haupt- und Residenzstadt Budapest beehre ich mich
Euer Hochwohlgeboren die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln
und bei dieser Gelegenheit der Zuversicht Ausdruck zu geben, daß
es unseren unentwegten Bemühungen gelingen wird, die freundschaft-
lichen Beziehungen zwischen den beiden Schwesterstädten weiter
auszugestalten und zu festigen.“